

Philippinische Erfahrungen mit der globalisierten Wirtschaft

Die Lage der Beschäftigte und Gewerkschaften

von Roger Daenekindt

Die Globalisierung nahm 1995 mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO ihr volles Ausmaß an. Unter Ramos und mit Unterstützung des Senats, angeführt von der damaligen Senatorin und jetzigen Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo, konnte die parlamentarische Zustimmung für den Beitritt zur WTO erreicht werden.

Dies geschah ohne die eigentlich nötigen Schutzmaßnahmen für die philippinische Wirtschaft, die Beschäftigten und die Bauern. Es gab keine Referenden oder Informationskampagnen, die die Bevölkerung über einen solch wichtigen Schritt unterrichtet hätten. Um die Philippinen für ausländische Investoren attraktiv zu machen, richtete die philippinische Regierung Freihandelszonen ein, gewährte Steuerbegünstigungen, erlaubte das Dumping von Überproduktion und sorgte für billige und willige Arbeitskräfte.

Beklagenswerte Ökonomie

In den 60er und 70er Jahren gab es in den Philippinen nennenswerte Branchen wie Hanfverarbeitung und integrierte Textilindustrie. Auch der Bergbau war sehr aktiv, jedoch bereits unter Kontrolle und Ausbeutung ausländischer Firmen. Es wurden Reis und große Mengen an Holz exportiert, die Kokos- und Rohrzuckerindustrie blühten.

Hanf wurde im Laufe der Zeit jedoch bedeutungslos, weil Plastik und andere Materialien an seine Stelle traten. Die Textilindustrie zerfiel und verlor gegenüber einer billigeren Textil- und Bekleidungsproduktion zunächst in Bangladesch und Indien, später dann in China, Vietnam und Kambodscha an Boden.

Die Philippinen besaßen die größten Kupferminen Asiens, die aber wegen des plötzlichen Verfalls des

Kupferpreises auf dem Weltmarkt geschlossen wurden.

Die Wälder sind infolge der von Menschenhand angerichteten Katastrophen zerstört. Rodung stellte eine bedeutende Einnahmequelle für einige Holzbarone, einheimische und ausländische Holzgesellschaften und illegale Abholzer dar. So wurden innerhalb von 40 Jahren die 90 Prozent des philippinischen Waldes vernichtet.

Inzwischen wird eine große Menge Reis importiert¹. Die Kokos- und Rohrzuckerindustrie konnte sich am Weltmarkt nicht behaupten und ließ zehntausende verarmter und entwurzelter Arbeiter/innen zurück.

Die Philippinen entwickelten sich zu einer konsum- und dienstleistungsorientierten Marktwirtschaft, ohne viele eigene Produkte anzubieten und ohne auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig zu sein.

Werkverträge

Die Zahl der Arbeitskräfte umfasst in den Philippinen 33 Millionen Menschen; jährlich drängen 70.000 neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt. Weniger als zehn Prozent haben reguläre Arbeitsplätze. Werkschließungen und der Austausch von regulären Arbeitskräften, die in den Ruhestand treten, durch solche mit (befristeten) Werkverträgen senkten den Prozentsatz weiter. Wieviele von ihnen gewerkschaftlich organisiert sind, ist unbekannt; selbst Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbän-

de übertreiben bei ihren Mitgliederzahlen heftig. Man schätzt, dass ca. 600.000 Arbeiter/innen in durch Tarifverträge geregelten Arbeitsverhältnissen stehen.

Werkverträge sind zur Hauptform der Vertragsverhältnisse für über 90 Prozent der Beschäftigten geworden. Dies führt zu billigen und willigen Arbeitskräften, da hierbei kein Recht zur gewerkschaftlichen Organisation besteht, die Löhne oft unter dem offiziellen Mindestlohn liegen, keine oder nur geringe Sozialleistungen, kein Urlaubsgeld und keine Beiträge zur Altersversorgung gezahlt werden.

Werkverträge bestehen vor allem in der Landwirtschaft, im Agrobusiness, in der verarbeitenden Industrie und bei den Dienstleistungen.² Viele der unter Vertrag genommenen sind Frauen, meist sorgen sie für das ganze Familieneinkommen.

Viele auf diese Weise Beschäftigten arbeiten wesentlich länger als die Maximaldauer von 6 Monaten. Es wurden daher bei der staatlichen Arbeitsrechtskommission zahlreiche Klagen eingereicht, die Entscheidungen werden aber endlos verzögert.

Multis — mit best practice?

Arbeiter in Exportproduktionszonen werden oft besser bezahlt

Roger Daenekindt ist Mitarbeiter der Organisation Labor Rights and Democracy (LARIDE).

als in der einheimischen Industrie. Doch auch sie haben nur Werkverträge und werden kurz vor der 6-Monats-Grenze entlassen und bleiben sich selbst überlassen.

Selbst wenn die Bezahlung bei multinationalen Unternehmen höher ist als bei den einheimischen Firmen, liegt sie noch immer unter dem für das Leben Nötige. Außerdem zahlen Multis oft keine Sozialleistungen, kein Krankengeld, kein Urlaubsgeld und keine Beiträge zur Altersversorgung. Zwar wären sie gesetzlich dazu verpflichtet, aber eine Intervention der Regierung erfordert zunächst eine Beschwerde. Die Beschäftigten beschwerten sich aber nicht, denn sie brauchen den Job zum Überleben.

Die Multis geben vor, arbeitnehmerfreundlich zu sein. Doch selbst rein rechtlich betrachtet verletzen sie die Rechte der Beschäftigten auf krasse Weise. Sie verstecken sich hinter dem philippinischen Mindestlohn, missachten aber die UN Resolution zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten.

Produktionsverlagerung in Länder mit noch niedrigeren Löhnen wird dann angedroht, wenn Gewerkschaften gebildet werden oder wenn sie bessere Löhne zahlen sollen.

Migration: Export philippinischer Arbeitskräfte

Da die Wirtschaft nicht wirklich wächst, die Zahl der Arbeitskräfte aber laufend zunimmt, suchen Millionen von Filipinos und Filipinas eine Beschäftigung im Ausland — zeitweise oder auf Dauer.

Die Migrant/innen machen zehn Prozent der Bevölkerung aus. Sie überweisen jährlich mindestens 10 Millionen US-Dollar und stehen

damit als Devisenbringer/innen an erster Stelle. Sie kümmern sich auch um die finanzielle Unterstützung ihrer Angehörigen, die von den Rücküberweisungen leben. Sie werden die modernen Held/innen der Philippinen genannt, was merkwürdig ist, denn sie gehen aus Mangel an Arbeitsstellen und/oder Erwerbsmöglichkeit ins Ausland.

Schlechte Arbeitsbedingungen

Im Jahr 2001 hat die reguläre Arbeitswoche 6 Arbeitstage oder 48 Stunden. Überstunden sind aber zur Norm geworden. Entweder arbeitet man weniger als 8 Stunden pro Tag, ist aber bereit Überstunden zu machen, oder man arbeitet 8 Stunden pro Tag und macht Überstunden, um mehr zu verdienen, was dringend nötig ist.

Generell richten sich die Arbeitsbedingungen nach dem Schutz für das Produkt. Schutzkleidung oder Dienstkleidung — vor allem im Dienstleistungsbereich — müssen von den Beschäftigten selbst finanziert werden.

Die philippinischen Arbeiter/innen haben das Recht auf einen Lohn, der zum Leben reicht, der Sozialleistungen, Altersversorgung und andere ökonomische und kulturelle Leistungen umfasst. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Reguläre Arbeitskräfte in der Hauptstadt Manila haben Anspruch auf einen Mindestlohn von 250 Pesos — ca. elf Mark — am Tag (außerhalb Manilas ist der Mindestlohn niedriger.) Vielen wird er aber nicht ausbezahlt. Und der Mindestlohn reicht nicht zum Leben. Dazu wäre für eine vierköpfige Familie ein Mindestlohn von 550 Pesos pro Tag erforderlich, die Miete für eine ordentliche Wohnung nicht eingeschlossen.

Gewerkschaftsbewegung

Die philippinische Arbeiter/innenbewegung wuchs in den 80er Jahren, insbesondere ihr fortschrittlicher Flügel. In der Marcos- und Aquino-Ära wurden die Gewerkschaften sehr angegriffen. Streiks wurden unter Marcos weitgehend illegalisiert. Kämpferische Gewerkschaften stets bedroht und behindert. Unter Aquino wurden z.B. 13 Arbeiter der Atlas Kupfermine ermordet, als Aquino die Bildung von Bürgerwehren erlaubte, die dem Management und Lokalpolitikern als Killer dienten.

Der Labor Advisory Consultative Council (LACC) brachte alle Gewerkschaften zusammen — bis auf den Trade Union Congress (TUCP), der die anderen Gewerkschaften und Verbände nicht als ebenbürtig empfand. Aber der LACC konnte sich zu zentralen Fragen nicht auf einen starken gemeinsamen Standpunkt einigen und wurde nach 1992 ziemlich bedeutungslos, woraufhin die verschiedenen Gewerkschaftsverbände jeweils eigene Positionen suchten und oft gegeneinander opponierten.

Präsident Ramos übernahm 1992 sein Amt und leitete mit seinem Wirtschaftsprogramm Philippines 2000 und u.a. Forderungen nach Tariffrieden eine neue Phase ein. Unter seiner Führung kamen noch mehr ausländische Firmen ins Land, angezogen von billigen und willigen Arbeitskräften ohne Gewerkschaften. Das Estrada-Regime hat diese Tendenz fortgesetzt und dies ist auch von der neuen Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo zu erwarten.

Problem mit den Gewerkschaften

In den 50er Jahren akzeptierte die philippinische Regierung die »Magna Carta for Labor«, eine Art Blaupause der US-amerikanischen Arbeitsgesetzgebung. Sie schuf die Grundlage für eine allein an den gesetzlichen Zugeständnissen und patriarchalische Führung der Gewerkschaften. Gewerk-

Klassifizierung bestehender gewerkschaftlicher Organisationen, 1998 bis Sept. 2000

Klassifikation	1998	1999	2000
Gewerkschaftsbünde, Dachverbände	173	173	174
Gewerkschaften in der Privatwirtschaft	8.643	9.056	9.383
Gewerkschaften im Öffentlichen Sektor	558	621	660
SUMME	9.374	9.850	10.217

Quellen: Bureau of Labor and Employment Statistics, BLR

aus: IBON Facts & Figures v. 30.4.2001, S. 2

schaften wurden nach Familienzugehörigkeit statt nach Branchenzugehörigkeit zu Verbänden gruppiert. Oftmals wurden Tarifverträge für die einzelnen Betriebe (*Collective Bargaining Agreements*-CBAs) lediglich durch wenige Gewerkschaftsführer und die Anwälte des Gewerkschaftsverbandes abgeschlossen. Die Anwälte kontrollierten praktisch die Tarifabschlüsse.

Die Gewerkschaftsverbände konkurrierten gegeneinander um Mitglieder und bei Kampfabstimmungen über die Vertretung im selben Betrieb, um die Oberhand gegenüber dem konkurrierenden Verband zu gewinnen. Dies führte einerseits zu Ausschreitungen unter Gewerkschaften und den rivalisierenden Verbänden. Andererseits erschwerten Firmenleitungen und Regierung — das Gesetz im Rücken — die Bildung von Betriebsgewerkschaften und begünstigten die unternehmerfreundlichen, so genannten gelben Gewerkschaften gegenüber den kämpferischen, roten Gewerkschaften.

Die gelben Gewerkschaften wurden vom TUCP und von der *Federation of Free Workers* (FFW) angeführt.

Die der jeweiligen Regierung nahestehenden Verbände und Dachverbände sowie zahlreiche Betriebsgewerkschaften haben immer wieder große Deals abgeschlossen. Sie stimmten niedrigen Tarifierhöhungen zu und bekamen dafür hohe Summen über dunkle Kanäle. Einige Gewerkschaften entwickelten sogar Mafia-ähnliche Praktiken, indem sie mögliche Rivalen beseitigten und »Gelder für Dienstleistungen« von ihren »Geschäftspartnern« erhoben.

Die Regierung richtete auch spezielle Schiedsstellen ein, die oftmals zugunsten der gelben oder der vom Management kontrollierten Betriebsgewerkschaft entschieden. Insgesamt also ein schwieriges und arbeitnehmerfeindliches gesellschaftliches Klima. Die Arbeitnehmer/innen wurden gegeneinander ausgespielt und kannten ihre Rechte nicht, noch gab es ein ordentliches Arbeitsrecht.

Fortschrittliche Gewerkschaften

Diese Lage forderte fortschrittliche Intellektuelle dazu heraus, mit eher fortschrittlichen Betriebsgewerkschaften und Verbänden zu reden und ihnen durch direktes Organisieren, durch Entwicklung von Trainingskursen und kämpferische Aktionen dabei behilflich zu sein, einen kämpferischen Dachverband aufzubauen, der zur Massenorganisation der philippinischen KP (*Communist Party of the Philippines* — CPP) wurde, die 1980 gegründete *Kilusang Mayo Uno* (KMU, 1. Mai Bewegung).

Sie erhob sich gegen die Marcos-Diktatur, entwickelte ein politisches Verständnis von gewerkschaftlichem Engagement und bildete — um die Zersplitterung zu überwinden — regionale Zusammenschlüsse von Betriebsgewerkschaften, die unabhängige Betriebsgewerkschaften und solche, die dem TUCP, der FFW oder anderen Verbänden angeschlossen waren, einschlossen. Über gewerkschaftliche Belange hinaus mobilisierte KMU die Arbeiterschaft für gesellschaftspolitische und nationale Anliegen.

Die CPP war jedoch nicht in der Lage, die Bedeutung von KMU zu erkennen und dem Dachverband eine eigene Dynamik zu gestatten. Infolge der Spaltung der CPP wurde 1993, u.a. *Buklurang Manggagawang Pilipinas* (BMP) gegründet. Es war ein ursprünglich auf Manila konzentrierter Verband, der unter dem im Februar 2001 ermordeten Popoy Lagman zu einem Großverband wurde.

BMP wurde gewerkschaftlicher Arm der politischen Partei *Sanlakas* und bildete kürzlich eine eigene Partei, die *Partido ng Manggagawa* (Arbeiterpartei). Auch diese Organisationen befinden sich jedoch weiterhin unter Kontrolle einer Führung im Untergrund, die nicht klar definiert ist, sich aber im Prinzip als Ersatz der CPP versteht.

Inzwischen sind neue Gewerkschaftsverbände entstanden, von denen einer gut läuft: die *Alliance of Progressive Labor* (APL). Andere jedoch, wie die *National Confederation of Labor* oder die breite Bewegung SULO, waren nur kurzlebig.

Wirkungen der Globalisierung

Seit 1995 ist die Globalisierung stark fortgeschritten; die Philippinen sind mit billigen und willigen und nicht organisierten Arbeitskräften beteiligt. Infolge der Asien-Krise der 90er Jahre bewegte sich die philippinische Wirtschaft spiralförmig nach unten, was zu zahlreichen Betriebsschließungen, Entlassungen und einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums führte. »Auf die richtige Größe zu schrumpfen« wurde zum Trend. Die Gewerkschaften haben darauf noch keine Antwort gefunden und wissen nicht, was sie tun sollen. Sie haben viele Mitglieder verloren. Die Nutzung von Werkverträgen nahm mit dem Beitritt bei der WTO noch weiter zu.

Die Regierung betrieb politische Flankierung, um die Arbeiter/innenschaft unter Kontrolle zu halten. So hat sie einerseits ein Gesetz verabschiedet, dass Unternehmen ausschließlich mit Werkverträgen verbietet. Andererseits schließt sie die Augen davor, dass Leiharbeitsfirmen wie Pilze aus dem Boden schießen. Viele von ihnen arbeiten mit nur einer bestimmten Firma zusammen, andere sind von Firmen direkt gegründet. Ihr Zweck besteht darin, der Firma den Auftritt oder Wiederauftritt einer Betriebsgewerkschaft zu ersparen.

In den vergangenen Jahren bildeten sich kleine und große unabhängige Gewerkschaften. Dabei werden oft größere Einheiten in kleinere aufgespalten, wie bei der *Philippine Airline Union*. Sie sind mit ihrem eigenen Überleben beschäftigt, insbesondere bei der wachsenden Tendenz zu Werkverträgen.

Obwohl es schwierig ist, Arbeiter/innen zu organisieren und die Gewerkschaftsbewegung hoffnungslos zersplittert ist, müssen wir uns doch an die organisierte Arbeiterschaft halten und ihre Unterstützung dabei suchen, die Rechte und Chancen aller Arbeiter/innen voranzubringen.

Eine der Initiativen ist das *Labor Rights and Democracy Institute* (LARIDE). Es bemüht sich zusammen mit unabhängigen Gewerkschaften, etwas zur Verteidigung der Arbeiter/innen zu bewirken — ganz gleich, ob sie eine feste Anstellung haben oder nur einen Werkvertrag.

Die richtigen Adressen

Das Problem ist international und braucht deshalb eine internationale Lösung.

Die Firmen besonders des Westens sind die Mächtigen in der WTO. Das freie Unternehmertum ist ersetzt durch Konglomerate. Es bedarf einer ausbalancierten Entwicklung, nicht nur der Monopole. Es muss wirkliche Sicherheitsnetze geben, die flexibel genug sind, den Beschäftigten wenigstens ein anständiger Lohn zu zahlen. Die multinationalen Konzerne sollten Abkommen akzeptieren, in denen sie garantieren, dass die Arbeitnehmer in ihren Betrieben Löhne erhalten, die zum Leben reichen und deren Rechte respektiert werden.³

Das Internationale Arbeitsamt (ILO) ist bekannt für sein Eintreten für die Rechte der Arbeitnehmer, was sich in fast 200 Arbeitsstandards und Konventionen ausdrückt. Aber die Organisation braucht mehr Einfluss auf die internationale Verteidigung von Rechten. Welch Ironie ist es, dass die Regierungen, die die Umsetzung der von ihnen unterzeichneten ILO-Konventionen vorzunehmen haben, den Mächten der WTO ausgeliefert sind. Das Internationale Arbeitsamt muss reformiert werden, um ein stärkerer Mittler als bisher zu sein.

Die WTO und die ILO sollten gemeinsam Sozialklauseln erarbeiten, nach denen beide Einrichtungen bei bestimmten Problemen angerufen werden können und zur Intervention in Streitigkeiten mandatiert sind. Insbesondere die ILO hat die Aufgabe, die internationalen Standards in diesen Zeiten weltweiten Wirtschaftens zu verteidigen und auf Einhaltung zu kontrollieren.

Die Regierungen müssen insbesondere in Dritte Welt-Ländern wie den Philippinen Wirtschaftskonzepte entwickeln, die die Naturschätze schützen, das Land entwickeln und dabei zum Vorteil aller beitragen. Die Regierungen müssen darauf achten, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Arbeitnehmer/innen beachtet werden. Die Regierungen sind auch dafür verantwortlich, dass das Arbeitsrecht zugunsten der Arbeitnehmer/innen revidiert wird. Sie sollten als erste dabei sein, wenn in der ILO über neue Wege zur Sicherung internationaler Standards diskutiert wird.⁴

Die Gewerkschaften müssen ihre historische Botschaft überdenken und entschlossener für die Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer/innen eintreten. Die Arbeitnehmer/innen müssen mobilisiert werden, für ihr Recht, sich selbst zu organisieren, einzutreten. Das ist der

erste Schritt, um mit dem Management, mit den Autoritäten und mit dem Gesetz klarzukommen.

Gewerkschaften in ihrer alten Form mögen überdacht werden müssen, denn sie sind bürokratisch. Das bedeutet nicht, dass die Gewerkschaftsbewegung tot ist. Aber das Recht auf Selbstorganisation der Arbeiter sollte von den Gewerkschaften verteidigt werden. Die organisierten Arbeitnehmer/innen müssen am politischen Leben des Landes teilnehmen, um die Bedürfnisse ihres Sektors in ihrer Gesellschaft und weltweit zu stärken.

Es besteht dringender Bedarf, neue Formen internationaler Arbeiter/innensolidarität und gangbare internationale Zusammenkünfte zu entwickeln.

Auch mit lokalen und internationalen nicht-staatlichen Organisationen ist Verbindung aufzunehmen, deren Anliegen die Wohlfahrt der Völker ist. Es gibt eine wachsende Opposition gegen die WTO, die Gruppe der Sieben, die NAFTA und den Pariser Club. Internationale Organisationen wie die Clean Clothes Campaign, Social Accountability International, Ethnic Trading Initiative, Fair Labor Associations, Worker Rights Consortium und viele mehr bilden sich heraus. Sie leisten einen positiven Beitrag dazu, faire Arbeitsbedingungen, fairen Handel und eine gesunde Umwelt unter einen Hut zu bringen.

Übersetzung: Jörg Schwiager

LARIDE

Wir sind ein junges Institut, das den philippinischen Arbeiter/innen dabei unterstützen will, für ihre Rechte einzutreten.

Unser Schwerpunkt legen wir auf die Rechte der Arbeitnehmer/innen mit Werkverträgen. Werkverträge bringen nicht nur finanzielle Aspekte, sondern auch psychische Probleme, Stress und Unsicherheit mit sich.

Wir kämpfen für gleiche Rechte der Beschäftigten mit Werkverträgen wie bei regulären Anstellungen sowie gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung. Wir setzen uns für angemessene Löhne, für das Recht auf Selbstorganisation und für das Recht auf Tarifverträge ein.

Wir beteiligen uns an Informations- und Bildungskampagnen und werden zusammen mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften für eine Revision des Arbeitsrechts kämpfen, die den internationalen Standards entspricht und alle Beschäftigten in den Philippinen schützt.

Wir organisieren Arbeitnehmer/innen in ihren Gemeinden und unterstützen ihre Leiter/innen dabei, sich in direkten sozio-politischen Problemen ihrer Gemeinde und im politischen Leben der Nation zu engagieren.

Wir wollen Begegnungszentren schaffen. Die Arbeitnehmer/innen brauchen Orte, an denen sie sich treffen können, um zu diskutieren, zu studieren, sich zu versammeln, wo sie Hilfe und Unterstützung erhalten und die ihnen gehören.

Kontaktadresse:

rutger@edsamail.com.ph

(aus der Selbstdarstellung)

Anmerkungen

- 1) Der Import von Reis und anderen Nahrungsmitteln, die eigentlich einheimisch produziert werden könnten, ist durch ökologische Probleme aber auch durch Kartelle bedingt, die den Preis und die Produktion auf dem heimischen und internationalen Markt kontrollieren.
- 2) Die verschiedenen Typen von Werkverträge sind: Anlernvertrag, Vertrag über weniger als 6 Monate, Saisonarbeitsvertrag, Vertrag über weniger als 8 Stunden pro Tag.
- 3) In den vergangenen 5 bis 10 Jahren waren die Börsen profitträchtiger als die Produktion mit Arbeitnehmer/innen. Heute jedoch werden Arbeitnehmer/innen Opfer des ersten Absturzes der Börsenkurse. In Ländern wie den Philippinen mit ihren unverhohlenen Börsenmanipulationen und Insidergeschäften eine besondere Gefahr.
- 4) Die Ankündigung des neuen US-Präsidenten George W. Bush anlässlich der Gründung der großen amerikanischen Freihandelszone im April, freier Handel und Demokratie seien die Säulen der Weltwirtschaft, deutet auf ernste Gefahren hin. Weder Arbeitnehmer/innen noch Umwelt nehmen in dieser Ankündigung großen Raum ein.